

Beschluss zu Antrag 05: *Positionierung Rechtspopulismus***NIE GEGEN UNSER GEWISSEN! -****GEGEN DIE VEREINNAHMUNG DES CHRISTLICHEN MENSCHENBILDES DURCH DEN RECHTSPOPULISMUS**

Die Nachrichten und die sozialen Medien konfrontieren uns aktuell nahezu täglich mit Meldungen mit rechtspopulistischem bzw. rechtsextremem Gedankengut. Innerhalb der Gesellschaft sind Parolen und offene Auseinandersetzungen verbreitet, die vor ein paar Jahren so nicht möglich gewesen wären. Heute werden viele Äußerungen anscheinend wieder salonfähig und rücken mehr in die Mitte der Gesellschaft. Erschreckend daran sind nicht nur die menschenverachtenden Aussagen und Handlungen an sich, sondern auch die Selbstverständlichkeit, mit welcher diesen zugestimmt wird. Eindeutig rassistische, undemokratische und die Menschenwürde verletzende Tendenzen werden offen in der Gesellschaft vertreten.¹

Rechtspopulismus begegnet uns im öffentlichen Raum sowie vermehrt im politischen System. So gewinnen in vielen Bundesländern Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen an Stimmen und Anhänger*innen. Dieses Phänomen ist nicht nur in Deutschland gegenwärtig, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern und Parlamenten auf allen Ebenen zu beobachten. In einigen europäischen Ländern stellen sie bereits die Mehrheit oder sind an der Regierung beteiligt.

Gesellschaftliche Entwicklungen, wie die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, der Angst vor Altersarmut und andere soziale Ungerechtigkeiten führen dazu, dass sich ein immer größerer Teil der Bevölkerung von den aktuellen politischen Akteur*innen weder ernst noch wahrgenommen oder gut vertreten fühlt. Die daraus entstehenden Ängste und Unzufriedenheiten sollten in eine sachliche politische Auseinandersetzung und Problemlösung führen. Stattdessen führen sie aktuell leider allzu schnell in eine politische Diskussionskultur, bei der es selten um substantielle Inhalte, sondern häufiger um Abgrenzung und schnelle Sympathie sowie um gefühlte Wahrheiten statt faktenbasierte Argumente geht.

Rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Propaganda wird verbunden mit Themen wie der Asylpolitik, der Arbeits- und Wirtschaftslage, dem Renten- und Sozialsystem, der schwierigen Situation der Europäischen Union, lokalpolitischen Themen aber auch Themen wie Inklusion, Gender oder Sexueller Vielfalt. Viele Menschen haben Angst vor Veränderungen im eigenen Land, vor Armut, wirtschaftlichen Problemen, Terroranschlägen oder Islamisierung. Diese Angst nutzen Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen. Sie liefern augenscheinlich einfache Antworten und Lösungen. Diese Antworten bedienen sich nicht selten des Mittels der Ab- und Ausgrenzung sowie nationalistischer Termini. Nicht selten werden diese Äußerungen zudem noch damit begründet, dass man die christlichen Werte dieses Landes schützen müsse und als Grundlage des Handelns anwendet. Auch aus der gutbürgerlichen Mittel- und Oberschicht kommt der Zuspruch zum Rechtspopulismus. Hier greifen Rechtspopulist*innen deren Interessen auf und fordern weitere soziale Ungleichheiten auf Kosten der Schwächeren.²

¹ Vgl. „Solidarität statt Menschenfeindlichkeit – Aufstehen für ein weltoffenes Miteinander“ Positionspapier der KjG Buko 2016

² Vgl. Munzinger, Paul/Brunner, Katharina, „Der AfD-Wähler ist männlich und ungebildet? So einfach ist es nicht“, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-mecklenburg-vorpommern-der-afd-waehler-ist-maennlich-und-ungebildet-so-einfach-ist-es-nicht-1.3148548> [04.09.2016], zuletzt geprüft: 27.03.2017.

Als Christ*innen vertreten wir ein Menschenbild, das von der Gleichheit und Würde jedes Menschen geprägt ist, Grundlage ist die Ebenbildlichkeit Gottes. Hierbei gibt es keine Unterscheidung nach Aussehen, noch nach Nationen, Kulturen oder Religionen. Viele der Äußerungen die mit einer christlichen Leitkultur werben verzerren unser Verständnis des christlichen Glaubens und seiner Werte.

5 „Uns geht es um die Verwirklichung der Menschenrechte und der UN-Kinderrechtskonvention, um Teilhabe und Gleichberechtigung, um eine gerechte Weltwirtschaft, um Demokratisierung und um Bildung, um eine Welt, in der gutes Leben für alle gelingen kann. Und uns geht es um den Respekt vor anderen Kulturen und Religionen.“³

10 Es ist daher selbstverständlich, uns für Demokratie und für die Bekämpfung von rechtspopulistischem bzw. -extremen Äußerungen und Handlungen jeder Art, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie gegen jede Form von Diskriminierung einzusetzen.

„Wir lassen nicht zu, dass im Namen unseres Glaubens Menschen ausgegrenzt und angefeindet werden. Wir widersprechen allen Argumentationen, die solche Motive vor einen christlichen Hintergrund rücken wollen.“⁴

15 Uns ist bewusst, dass es bei politischen Fragestellungen eine Meinungsvielfalt gibt, die es zu achten gilt. Deutlich distanzieren möchten wir uns allerdings von allen politischen Positionen und Handlungen, die die Achtung vor der menschlichen Person sowie die Gleichheit aller Menschen und die soziale Gerechtigkeit in Frage stellen.

20 „Mit dieser Stellungnahme bekennen wir uns als KjG klar zu einer solidarischen Gesellschaft, Kirche und Politik, die ihr Handeln an der Würde aller Menschen ausrichtet und sich der Achtung und Förderung der Menschenrechte in Deutschland, der EU und weltweit stets verpflichtet fühlt. Wir wenden uns klar gegen jegliche Form von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Als KjG stehen wir auf für ein weltoffenes und friedvolles Miteinander!“⁵

25 „In der KjG setzen wir uns ein für Menschlichkeit, ein solidarisches Miteinander, Vielfalt, Nächstenliebe, Offenheit und Toleranz. [...] Wir fordern ein offenes Eintreten für diese, unsere Ideale, die auch Grundlage unserer deutschen und europäischen Verfassung sind. Wir treten dafür ein, dass die Gesellschaft sich mit der bestehenden Vielfalt an Kulturen, Religionen, Geschlechterrollen offen und konstruktiv auseinandersetzt!“⁶

30 **EINSTIMMIG ANGENOMMEN**

³ „Stell´ dir vor, es gäbe Frieden. Weltweit.“ Positionspapier der KjG Buko 2015

⁴ „Wir widersprechen – weil wir glauben!“ BDKJ Beschluss Nr. 3.77, 2016

⁵ „Solidarität statt Menschenfeindlichkeit – Aufstehen für ein weltoffenes Miteinander“ Positionspapier der KjG Buko 2016

⁶ „Solidarität statt Menschenfeindlichkeit – Aufstehen für ein weltoffenes Miteinander“ Positionspapier der KjG Buko 2016